

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Als nächstem Redner darf ich Herrn Kollegen Kuschke für die SPD-Fraktion das Wort erteilen.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Arentz, es gibt ja durchaus Versuche der Versachlichung. Ich muß allerdings sagen, daß Ihre Ausführungen zu den Programmen der CDU ganz interessant sind. Nur, für uns ist entscheidend: Wie sieht es mit der Wirklichkeit und der Realisierung aus? Da haben wir hier einen Gegenstand und demnächst ja auch noch andere, bei denen wir das sicherlich dann gemeinsam werden überprüfen können.

Für uns besteht der Eindruck, daß weder Sie noch der Kollege Meyer hier eindeutig Antworten auf die Fragen gegeben haben, die Herr Minister Müntefering und auch der Kollege Hombach noch einmal gestellt haben.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das hat Herr Hombach anders gesehen!)

Es kann ja sein, daß wir das nicht richtig verstanden haben. Deshalb möchten wir Ihnen gern die Gelegenheit geben, diese Antworten in wenigen Wochen zu geben. Wir beabsichtigen, Ihnen mit einem entsprechenden Antrag eine Zustimmung und auch die Antworten auf unsere Fragen zu ermöglichen. Diese werden sich an dem orientieren, was der Kollege Hombach hier schon aus der Stellungnahme des Berliner Senats zum Gesetzentwurf der Bundesregierung angesprochen hat. Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren; dort heißt es in der Bewertung eindeutig:

"Der Gesetzentwurf wird leider weder dem akuten Handlungsbedarf noch der Ankündigung des Bundesarbeitsministers gerecht, der noch am 21.12.1994 im Ministerrat verlauten ließ, daß die Bundesrepublik Deutschland eine nationale Entsenderregelung vorbereiten werde, die allerdings weitergehen würde als die Entsenderrichtlinie."

Dann kommen die Punkte, die hier genannt worden sind: auf zwei Jahre befristete Geltungsdauer, die Beschränkung auf das Bauhauptgewerbe, die hier angesprochen worden ist.

Ich nenne nur noch einmal einen einzigen Punkt aus der Stellungnahme der Berliner zum Gesetzentwurf der Bundesregierung:

"Aber tatsächlich verschaffen Sie den Unternehmen des Bauhauptgewerbes nicht einmal diese zweijährige Verschnaufpause, da ent-

gegen Ihrer Ankündigung in der Begründung, die materiellrechtlichen Regelungen durch ein effizientes Kontrollinstrumentarium flankieren zu wollen, eine wirksame Kontrolle bislang unmöglich ist." (C)

Das heißt: Die Berliner gehen in ihrer Kritik sogar noch wesentlich weiter. Das Ganze gipfelt darin, daß sie sagen:

"Wir halten Ihren Gesetzentwurf in keinsten Weise für problemadäquat. Er löst keines der Probleme, sondern würde sogar zur Verschärfung der Situation beitragen. Dies halten wir angesichts der Situation auf den Baustellen für unververtretbar."

Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Ich habe das hier für eine interessante Debatte gehalten, weil die Kernfrage deutlich geworden ist, die die Kollegen Hombach und Müntefering Ihnen gestellt haben: Wie halten Sie es mit der schwierigen Aufgabe, daß wir es in den Zeiten, in denen wir leben, nicht zulassen, daß die sozialen und ökonomischen Aspekte auseinanderreiben, sondern wir versuchen, praktische Politik für die Menschen zu betreiben? Wir werden Ihnen die Fragen noch einmal vorlegen und erwarten von Ihnen Antworten in der nächsten Plenardebatte.

(Bodo Hombach [SPD]: Aber auch im Wirtschaftsausschuß!) (D)

Herzlichen Dank!

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile dem Herrn Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Herrn Müntefering, das Wort. - Wollten Sie nicht mehr? Dann sind wir am Ende der Aktuellen Stunde, die ich damit abschließen darf.

Ich rufe den nächsten Punkt der Tagesordnung auf:

2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Nachtragshaushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/153

erste Lesung - Beratung

Meine Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde in unserer Sitzung am 14. September 1995 eingebracht. Heute schließt sich

(Vizepräsident Dr. Klose)

- (A) die **Beratung** in erster Lesung an, die ich hiermit **eröffne**. Ich darf als erstem Redner Herrn Kollegen Diegel für die Fraktion der CDU das Wort erteilen.

Helmut Diegel (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach den jetzigen aufgeregten Debatten kommen wir nun zu etwas Handfestem, nämlich zu dem vom Finanzminister eingebrachten Nachtragshaushalt.

(Minister Franz Müntefering: Das haben Sie nicht begriffen; sonst würden Sie so nicht reden!)

Nach § 33 der Landeshaushaltsordnung hat die Landesregierung die Möglichkeit, einen Nachtragshaushalt einzubringen. Von diesem Recht hat die Regierung Höhn/Rau Gebrauch gemacht. Daraus wollen wir keinen Vorwurf machen; im Gegenteil: Das wollen wir hier gemeinsam beurteilen.

(Reinhold Trinius (SPD): Das war eine Pflichtübung!)

Der vorgelegte Nachtragshaushalt hat ein Mehrausgabevolumen in Höhe von 658,9 Millionen DM. Der Finanzminister verkündet nun landauf, landab, daß dieser Nachtragshaushalt gedeckt sei: Die Nettokreditaufnahme des Landes wird durch den Nachtrag nicht erhöht. Dies, meine Damen und Herren, hört sich gut an und ist im Ergebnis auch fast - fast! - richtig.

(Lachen des Ministers Heinz Schleißer)

Aber es stellt sich die spannende Frage, Herr Schleißer: Wie ist Ihnen das gelungen? Sie, Herr Schleißer, verkünden in Ihren Presseverlautbarungen: Alle zusätzlichen Ausgaben werden durch Einsparungen oder Minderausgaben an anderer Stelle gedeckt. Das ist aber nur die halbe Wahrheit.

Bei der Einbringung des Nachtrags in der letzten Woche war der Finanzminister da schon etwas ehrlicher. Die zum Haushaltsausgleich erforderliche Deckung sei ihm, so sagte er, nur dadurch möglich, daß er die Zinsausgaben des Landes um 130 Millionen DM niedriger, als ursprünglich erwartet, ansetzen konnte.

Und dies, Herr Minister, ist nicht Ihr Verdienst, sondern das Ergebnis der guten Wirtschaftspolitik unter Helmut Kohl in Bonn.

(Lachen bei der SPD - Beifall bei der CDU)

Hier hätte es Ihnen gut angestanden, einmal ein Wort des Dankes zu sagen.

(Heiterkeit bei SPD und GRÜNEN)

Ja, im Wettern und schimpfen nach Bonn, sind Sie ganz große Klasse und übertreffen sich hier wechselseitig. Aber einmal ein Wort der Anerkennung - das wäre wohl zuviel verlangt. (C)

Gut, das ist noch nicht alles. Zur Deckung des Haushaltes ist sich der Finanzminister auch für einen Griff in diese übliche Trickkiste der Finanzen nicht zu schade: Sie, Herr Schleißer, schließen eine verbleibende Deckungslücke in Höhe von 146 Millionen DM durch eine - man höre und staune - sogenannte globale Minderausgabe. Was ist denn das?, fragt sich da das staunende Publikum. Ich versuche einmal, das in klaren und verständlichen Worten zu erklären.

(Minister Heinz Schleißer: Aber bitte richtig!)

- Das können Sie ja gleich beurteilen.

Da kommt der Familienvater abends nach Hause und erzählt seiner Frau: "Ab heute gibt es statt 1 000 DM Haushaltsgeld nur noch 500 DM." Er sagt weiter: "Wie Du das machst, das ist mir egal - ob Du weniger Butter, weniger Brot kaufst -, mach's einfach, aber laß mich damit bloß in Ruhe! Nur unterm Strich dürfen nicht mehr als 500 Mark verwendet werden."

Genau das ist das Schema, das der Finanzminister in diesem Lande anwendet. Er sagt zu seinen Ministerien: Spart!, und ich ziehe mich aus der Verantwortung. (D)

Grotesk ist allerdings, daß gerade Sie als Finanzminister nun auf das Instrument der globalen Minderausgabe zurückgreifen - das Mittel, das Sie uns, der Opposition, als unseriös um die Ohren schlagen, wenn wir auch nur wagen, es anzusprechen.

Bei der Einbringung des Haushalts 1995 im Herbst letzten Jahres, Herr Finanzminister - das dürfte Ihnen noch gut in Erinnerung sein -, haben Sie sich gerühmt, daß Sie im Jahre 1995 ohne globale Minderausgabe auskämen. Nun greifen Sie aber schon zum zweiten Mal zu diesem Instrument.

Erinnern wir uns: Bei den Beratungen des ursprünglichen Haushalts 1995 mußte schon eine globale Minderausgabe infolge gesunkener Steuereinnahmen von 219 Millionen DM eingesetzt werden. Schon dies zeigte eine gewisse Hilflosigkeit, weil sich die Mindereinnahmen nicht punktuell gezielt auf die Ausgabenseite niederschlugen.

Nummehr zeigt sich der Finanzminister ebenso hilflos, weil er nicht in der Lage ist, gezielt zu

(Diegel [CDU])

- (A) sagen, wo denn die 146 Millionen DM zum Ausgleich des Haushalts eingespart werden sollen.

Wir werden genau beobachten und mit Interesse verfolgen, ob es Ihnen gelingen wird, diese globalen Minderausgaben zu erwirtschaften. Denn - wir wissen es alle - der Schuldenberg dieses Landes ist viel zu hoch; inzwischen beträgt er weit mehr als 120 Milliarden DM - ein Schuldenberg, den Sie als Regierung auch zu verantworten haben.

(Beifall bei der CDU)

Es ist eine Summe, die nur deswegen ihren Schrecken verloren hat, weil wir sie uns alle nicht mehr vorstellen können - weder hier im Plenum noch in der Öffentlichkeit. Dies ist eine Chance, damit Sie mit Ihren Nebelbomben hier durchkommen.

Aber Gott sei Dank ist es eine Summe, die einmal nicht von der CDU, nicht von der Opposition zu verantworten ist, die ja sonst immer an allem Schuld hat.

Mit diesem Nachtrag nun erhöht sich auch die Steigerungsrate von bisher 3,2 % gegenüber dem Haushalt 94 auf nunmehr 3,3% im Jahre 1995. Diese Erhöhung, Herr Finanzminister, vollziehen Sie, obwohl Sie wissen, daß der Finanzplanungsrat die Steigerungsrate bei 3 % begrenzen will.

- (B) Weiterhin setzt sich der schon in den letzten Jahren zu verzeichnende besorgniserregende Trend fort, die konsumtiven Ausgaben zu Lasten der investiven Ausgaben zu erhöhen. So steigen die Personalausgaben um weitere 181,2 Millionen DM auf 33,4 Milliarden DM. So steigen die sächlichen Verwaltungsausgaben nun gegenüber 1994 um 3,1 %.

Des weiteren steigen die Zuweisungen und Zuschüsse ohne Investitionen um fast 143 Millionen DM auf 30,3 Milliarden DM.

Jetzt kommt's: Demgegenüber senken Sie aber, Herr Schleißer, die Investitionen um 11,4 Millionen DM auf nunmehr 9,8 Milliarden DM - das sind jetzt 2,8 % weniger als 1994. Herr Schleißer, davon sollten Sie besser die Finger lassen, wo Sie doch in den letzten 15 Jahren unter SPD-Verantwortung die Investitionsquote von ehemals 22 % nun praktisch fast halbiert haben.

Wenn Nordrhein-Westfalen überhaupt eine Wettbewerbschance haben soll, müssen wir in unser Land investieren. Ohne Investitionen hat das Land keine Chance.

(Beifall bei der CDU)

- (C) Doch nun drängt sich die Frage auf: Wofür braucht der Finanzminister dieses Landes denn die 659 Millionen DM des Nachtrags überhaupt?

(Minister Wolfgang Clement: Das frage ich mich auch!)

- Damit Sie das jetzt auch begreifen, Herr Clement, habe ich drei Beispiele herausgegriffen.

Erstes Beispiel: Er braucht es insbesondere für mehr Personal. Der Finanzminister braucht insbesondere für neue Stellen in den Ministerien mehr "Staatsknete", wie hier Herr Vesper gestern erklärte. Statt eine Verkleinerung des Kabinetts vorzunehmen, so wie es die CDU gefordert hat, ist eine Erhöhung des Stellenplans für die Ministerien vorgesehen.

(Minister Wolfgang Clement: Das habe ich immer abgelehnt!)

- Ja, in der neuen Koalition gibt es nun einige Leute mehr, die sich zu Höherem berufen fühlen, auch die GRÜNEN. - Ja, die Minister Vesper und Höhn sehe ich jetzt nicht. Aber nicht nur die - wie sie es zu nennen pflegen - alten maroden Parteien, nein, auch die GRÜNEN sind kräftig am Topf und wollen hiervon profitieren.

So werden insgesamt 26 zusätzliche Stellen allein für die Ministerien ausgewiesen, die jährlich über 2,5 Millionen DM kosten dürften.

(Minister Heinz Schleißer: Das ist falsch!)

- Das werden wir gleich richtigstellen. Skandalös ist dabei, daß von den 26 Stellen allein drei auf neue Staatssekretäre entfallen und nicht, wie der Finanzminister ausgeführt hat, nur zwei.

Wir empfinden die Erhöhung der Staatssekretärstellen von 12 auf nunmehr 15 alleine schon als eine Zumutung.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Ein richtiges Rudel! - Beifall bei der CDU)

Wie aber, Herr Finanzminister, soll dies erst unter dem angekündigten Stellenabbau eingeordnet werden?

Was glauben Sie denn wohl, was das für einen Eindruck in der Verwaltung, bei den Beamten und bei den Bürgern, also in der gesamten Öffentlichkeit, hinterläßt? Es ist ja auch logisch: Wenn beim kleinen Bürger gespart wird, dann muß bei den dicken Pöstchen noch eins oben draufgesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(D)

(Diegel [CDU])

- (A) Ist es das etwa, was im besagten Koalitionspapier immer mit "sozialökologisch" und "sozialökonomisch" umschrieben wird?

Hinzu kommt, daß bei der letzten Haushaltsplanberatung im Herbst 1994 die Fraktion der GRÜNEN unserem Antrag auf Reduzierung der Ministerien - zum Beispiel der Zusammenlegung des Bau- und des Stadtentwicklungsministeriums - zugestimmt hat. Nun aber liegen die GRÜNEN im warmen Regierungsbett und vergessen ihre Grundsätze von gestern. So schnell geht das, meine Damen und Herren. Aber glaubwürdig ist das nicht, Frau Nakken.

(Beifall bei der CDU - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Opportunistisch!)

An die Adresse von Herrn Rau muß sicherlich die Frage gestellt werden: Wo bleibt denn hier seine vielgerühmte Vorbildfunktion für die sogenannten kleinen Leute?

Ich denke, in diesem Zusammenhang müssen sich die Damen und Herren in der Landesregierung schon die Frage gefallen lassen, wann sie denn mit dem angekündigten Abbau von 22 000 Stellen überhaupt beginnen wollen. Hier im Nachtrag, Herr Schleißer, hatten Sie die Gelegenheit. Diese Gelegenheit lassen Sie ungenutzt verstreichen. Schade, schade für Nordrhein-Westfalen, Herr Schleißer!

(B)

Doch noch nicht genug der Hiobsbotschaften. Ferner steigen nämlich nach Ihren eigenen Angaben die Personalausgaben insgesamt um rund 182 Millionen DM.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Wenn Sie so weitermachen, versauen Sie uns die Stimmung heute morgen!)

- Nun fallen Sie doch nicht vom Stuhl, Herr Matthiesen. Hören Sie doch einmal zu!

Davon entfallen auf Personalverstärkungsmittel 175 Millionen DM. Dies sei aufgrund der bisherigen Ist-Entwicklung bei Berücksichtigung des Tarifabschlusses und vor allem wegen des Anstiegs der Versorgungsausgaben und der Beihilfen erforderlich, so der Finanzminister. Gegenüber 1994 beträgt die Steigerungsrate bei den Personalausgaben nunmehr, wie bereits ausgeführt, 4,2 %.

Offensichtlich - dieser Eindruck drängt sich mir auf - hat der Finanzminister im ursprünglichen Haushalt nicht genügend Vorsorge getroffen. Anders ist diese weitere Erhöhung jetzt nicht verständlich, vor allem nicht, weil die dreiprozentige Tarifierhöhung erst ab Mai 1995 wirksam geworden ist.

Sehr geehrter Finanzminister, in Ihrer Einbringungsrede haben Sie letzte Woche ausgeführt, alle zu Mehrausgaben führenden Stellenzugänge seien durch Stellenabgänge ausgeglichen. Im Saldo allerdings verbleiben - oh Überraschung - 22 Stellen zusätzlich, denen nur 13 Stellen mit kw-Vermerken gegenüberstehen.

(C)

Auffällig ist noch eine Stellenumwandlung im Einzelplan 04 für einen Leitenden Oberstaatsanwalt. Hier haben wir einen weiteren Fall für das Kuriositätenkabinett Rot-Grün. Es drängt sich geradezu ein Zusammenhang mit dem Balsam-Skandal auf, der unter anderem die Versetzung eines - besser: dieses - Leitenden Oberstaatsanwalts von Bielefeld nach Hamm zur Folge hatte. Es scheint nun so, als ob es Ersatzbedarf für die Staatsanwaltschaft Bielefeld gibt und in Hamm einer - nämlich der R-4-Mann aus Bielefeld - überzählig ist. Hier drängt sich die Frage auf: Was macht denn dieser Mann eigentlich? Dreht der dort Däumchen?

Wie steht eigentlich der neue Minister Vesper dazu? Ich kann mich noch gut an seine Robin-Hood-Auftritte hier erinnern: Michael Vesper als Saubermann. Weiß er eigentlich etwas davon? Macht er das jetzt alles mit? - Auch das ist für mich keine glaubwürdige Politik.

(Beifall bei der CDU)

(D)

Der Finanzminister bekundet, er brauche mehr Geld für das Unterhaltsvorschußgesetz. Hierzu hat er öffentlich ausgeführt, daß ein drastischer Anstieg der Fallzahlen erfolgte, und zwar seit 1992 um ca. 28 000 Fälle. Hintergrund ist, daß die Kommunen für die Auszahlung und die Eintreibung dieser Mittel verantwortlich sind. In der Presse hat der Finanzminister erklärt, daß die Kommunen offensichtlich kein Interesse an dieser Aufgabe haben, weil die Kosten ja nicht von den Kommunen zu tragen sind.

Festzustellen ist hier aber auch, ob der Arbeits- und Sozialminister seine Fachaufsicht über die Kommunen durch den Regierungspräsidenten sachgerecht wahrgenommen hat. Es riecht - ich hätte beinahe gesagt: es stinkt - doch sehr nach mangelhafter Fachaufsicht, Herr Müntefering.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Grund für mehr benötigtes Geld sind die Kosten für Gutachten. Hier hat der Finanzminister für sich selbst eine Verpflichtungsermächtigung von 400 000 DM eingestellt. Im krassen Gegensatz dazu steht sein Verhalten gegenüber dem Landesrechnungshof. Dieser möchte gerne

(Diegel [CDU])

- (A) 55 000 DM; der Finanzminister ist aber nicht bereit, mehr als 30 000 DM zu geben. Und dies, obwohl der Landesrechnungshof - man höre und staune: der Landesrechnungshof sieht sich gezwungen, nach § 29 der Landeshaushaltsordnung eine Alternativvorlage zu Ihrem Haushalt einzubringen! -

(Minister Heinz Schluößer: Das ist doch sein Recht!)

darauf hinweist, daß er einem Fall von Korruption in größerem Ausmaß, in Millionenhöhe, auf der Spur ist und dafür lächerliche 25 000 DM mehr haben will. Diese verweigern Sie ihm. Das ist nicht im Interesse dieses Landes. Da, bitte, handeln Sie!

(Beifall bei der CDU)

Ich bin auch gespannt, Herr Schluößer, wie Sie in den Ausschußberatungen erklären wollen, wieso Sie für sich im Einzelplan 12 das Recht in Anspruch nehmen, eine Verpflichtungsermächtigung von 400 000 DM einzustellen, dem Landesrechnungshof aber nicht einmal die 25 000 DM geben wollen.

An die Adresse der GRÜNEN stellt sich hier wieder die Glaubwürdigkeitsfrage.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Sie wollen doch immer sparen!)

(B)

Im Herbst vergangenen Jahres stand ein ähnliches Problem, Herr Busch, beim Landesrechnungshof an. Damals haben Sie, Herr Busch, mit den GRÜNEN mit uns gemeinsam die Erhöhung der Gutachtermittel um 470 000 DM beantragt.

(Zustimmung bei der CDU)

Nun, in der Regierung, billigen Sie dem Landesrechnungshof noch nicht einmal diese läppischen 25 000 DM zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU
- Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Woher nehmen und nicht stehlen?)

Es ist überhaupt interessant, Herr Busch, wie die GRÜNEN sich insbesondere gegenüber dem Finanzminister verhalten. Der Finanzminister stellt heraus, daß der Nachtragshaushalt lediglich 18 Millionen DM aus der Koalitionsvereinbarung umsetze. Ich habe den Eindruck, das macht Sie auch ein bißchen stolz, Herr Finanzminister - nicht ohne Grund, denn es ist Ihnen offensichtlich in der ersten Runde gelungen, die Ansprüche der GRÜNEN, insbesondere aus der Gruselliste, ganz fernzuhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

- (C) Ich denke, da sind wir auch einer Meinung, denn für Taschengeld für Abschiebehäftlinge, für Prostituiertenförderung oder Einrichtung eines Schwulenreferates haben wir nun wirklich kein Geld.

(Beifall bei der CDU - Buh! bei den GRÜNEN)

Solche Mätzchen sind nicht nur überflüssig, sondern auch kostspielig. Solche Aktionen sollten wir auch dann in Frage stellen - da sind wir mit Ihnen völlig einig, Herr Finanzminister -, wenn wir vor lauter Geld nicht wüßten, wohin damit.

Es ist schon bemerkenswert, daß sich der Finanzminister einer rot-grünen Koalition dafür feiern läßt, daß er obige Position erfolgreich verhindert hat und nur 18 Millionen DM aus der Koalitionsvereinbarung umsetzen mußte. Das ist eine starke Leistung.

Ich stelle fest: Beim Haushaltsgerange zwischen Herrn Schluößer und den GRÜNEN steht es 1 : 0 für Sie, Herr Finanzminister. Gratuliere!

Da fragt man sich: Was ist plötzlich mit den GRÜNEN los? Herr Matthiesen nickt zustimmend.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Die Frage ist berechtigt!)

- (D) Die GRÜNEN scheinen vom zähneflätschenden Tiger zum weichen Bettvorleger geschrumpft zu sein. Ich bin gespannt, wo das im Landtag noch endet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zum Abschluß nun noch ein Wort zur formalen Betrachtung: Der Nachtragshaushalt scheint mir in aller Eile gestrickt worden zu sein. Wie ist es ansonsten zu erklären, daß der Nachtrag weder Schlußsummen in den Einzelplänen noch eine Gruppenübersicht ausweist? Im übrigen hat der Finanzminister ganz offensichtlich Schwierigkeiten mit der Addition. Dies nicht nur bei den Staatssekretären, sondern auch bei der Ausweisung eines angeblich ausgeglichenen Haushalts.

Am Rande sei vermerkt, der Haushalt ist nämlich nicht ausgeglichen.

(Zuruf von Finanzminister Heinz Schluößer)

- Hören Sie gut zu!

Bei einer Addition der Einzelpositionen - damit Sie es nachrechnen können - des Nachtrags stehen den Mehreinnahmen von 54 180 000 DM Mehrausgaben von 54 271 700 DM gegenüber. Die Differenz beträgt 91 700 DM. Insoweit stimmt also die dem Nachtragshaushaltsgesetz beigefügte Haushaltsübersicht mit den Zahlen in den Einzel-

(Diegel [CDU])

- (A) plänen selbst nicht überein. Diese Unstimmigkeit ist zwar geringfügig, sollte aber einem Finanzminister nicht passieren.

(Beifall bei der CDU - Zurufe)

Wenn man weiß, daß 30 000 Personen in der Finanzverwaltung, davon allein in Ihrem Ministerium 400, tätig sind, überrascht eine solche Differenz doch.

Das und einige andere Fälle, bei denen wir erheblichen Aufklärungsbedarf haben, gilt es in den Ausschusssitzungen aufzuarbeiten. So nenne ich als Beispiel die Kriterien für die globalen Minderausgaben, die Absenkung der Anwärterstellen der Polizei und die Sperrung der um 2,2 Milliarden DM erhöhten Verpflichtungsermächtigungen.

In der Hoffnung auf keine weiteren Kuriositäten und einen beratungsfähigen Haushalt freue ich mich auf die Ausschußberatungen mit Ihnen.

Ich bedanke mich für das Zuhören.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort Herrn Kollegen Trinius für die Fraktion der SPD.

- (B) **Reinhold Trinius (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Kollegen Diegel ist es gelungen, am entscheidenden Punkt vorbeizureden und ihn überhaupt nicht in den Blick zu nehmen. Die Mehrausgaben im Landeshaushalt - die Zahl war korrekt - liegen bei knapp 660 Millionen DM.

(Zuruf des Leo Dautzenberg [CDU])

659 Millionen DM! Herr Diegel hatte heute die Zahlen bis auf 91 000 DM parat. Sogar die Zahl hinter dem Komma war noch mit dabei. Das wollte er gerne in den Ausschußberatungen bereinigen. Das sind die Mehrausgaben.

Es ist gelungen, an der Nettokreditemächtigung nichts zu verändern. Das heißt, zur Deckung dieser überwiegend zwangsläufigen Mehrausgaben des Landes Nordrhein-Westfalen wird nicht eine einzige zusätzliche Mark an Schulden aufgenommen. Das ist der entscheidende Punkt.

Das ist meiner Meinung nach ein gutes Startsignal - auch wenn es sich nur um einen Nachtragshaus-

halt handelt - für die Koalition aus Sozialdemokraten und GRÜNEN, die sich vorgenommen haben ---

(Leo Dautzenberg [CDU]: Globale Minderausgaben! - Klaus Matthiesen [SPD]: Insbesondere für unseren Finanzminister!)

- Insbesondere auch für unseren Finanzminister!

Da werden auch manche andere Ressorts sagen, sie hätten sich gerne besser bedient gefühlt. Nicht nur etwa Ressorts der GRÜNEN, wie Sie das eben ausgerechnet haben. Von der Koalition und durch die Koalitionsvereinbarung ist erklärt worden, an dieser Nettokreditemächtigung nicht zu rütteln. Das ist mit dem Nachtragshaushalt gelungen.

Die Koalition hat weiterhin erklärt, im Jahre 1996 solle die Nettokreditaufnahme 6 Milliarde DM nicht übersteigen. Auch daran werden wir uns halten. Wir werden in der Öffentlichkeit auch daran gemessen werden. Dieser Nachtragshaushalt ist die Fortsetzung einer soliden Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen. Das wollen wir auch so halten in Erfüllung der Koalitionsvereinbarung mit der kontinuierlichen Absenkung der Nettokreditemächtigung bis auf eine Milliarde DM zum Jahre 2000.

Sie haben die Positionen genannt, bei denen zwangsläufige Mehrausgaben anstehen. Lassen Sie mich aber dann auch darauf hinweisen, daß es für Bürgerkriegsflüchtlinge in Nordrhein-Westfalen - Sie können niemals genau schätzen, wie viele es sein werden - bisher immer noch keine Beteiligung des Bundes gibt, obwohl eine einstimmig verabschiedete Erklärung des Landtags vorliegt, daß der Bund hälftig daran beteiligt werden soll. Das scheinen Sie alles zu vergessen.

Sie fragen, wann der Personalstellenabbau beginnt. Herr Kollege Diegel, wenn Sie vorhin in der Debatte den Ausführungen Ihres Kollegen Arentz doch gefolgt wären! Denn der hat gerade festgestellt: Er hat genau beklagt, daß ein Beschluß von der Landesregierung gefaßt worden sei, im Bereich der Bauverwaltung meines Wissens künftig 540 Stellen einzusparen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: 1 500!)

- Gut, 1 500. Herr Arentz, darüber müssen Sie sich mit Ihrem Kollegen Diegel einmal unterhalten. Sie beklagen dies und Herr Diegel klagt ein: Wann geht es eigentlich mit dem Stellenabbau los? Wann fängt der Stellenabbau eigentlich an?

Herr Diegel, in den Zusammenhang gehört auch: Was soll die Kritik an der Verpflichtungsermäch-

(C)

(D)

(Trinius [SPD])

- (A) tigung in Höhe von 400 000 DM für Gutachten beim Finanzministerium? Es handelt sich um Gutachten, wie sie dort bisher schon vorgelegt worden sind, die genau dazu beigetragen haben, die Effektivität der Verwaltung zu erhöhen und gleichzeitig dafür zu sorgen, daß die Ausgaben für das Personal nicht im alten Umfang steigen, sondern daß Personal abgebaut werden kann.

Viele der Gutachten, die hier in Nordrhein-Westfalen im Auftrag des Finanzministers erstellt worden sind, sind geradezu Renner auf dem Markt der Finanz- und Haushaltspolitik in der ganzen Bundesrepublik geworden.

(Helmut Diegel [CDU]: Sie machen aber eine Ausnahme beim Landesrechnungshof!)

- Machen wir eine Ausnahme beim Landesrechnungshof? - Die Alternative haben wir doch vorgelegt bekommen. Sie steht mit darin. Darüber können wir munter reden.

Lassen Sie mich einen Hinweis zur Kohleverstromung geben: Die Verpflichtungsermächtigung für die nächsten Jahre, die hier ausgebracht wird, liegt über 2 Milliarden DM. Es gibt eine neue Absprache zwischen der Bonner Koalitionsregierung und der Landesregierung. Wer aber die mittelfristige Finanzplanung des Bundesfinanzministers aufschlägt, stellt fest, daß der Bundesfinanzminister erneut versucht, sich aus einer eben geschlossenen Vereinbarung herauszumogeln, denn er senkt sie entgegen der Vereinbarung für das Jahr 1999 um 1 Milliarde DM ab. Ich halte das für ein böses Spiel, ein Spiel, das immer wieder versucht wird. Dieses Spiel hatte begonnen mit der einseitigen Aufkündigung der Kohlerunde vom November 1991. Ich meine, in dem Jahr ist es gewesen. Dieses Spiel beginnt wieder.

(B)

Wir brauchen eine klare Aussage der CDU, daß auch sie dieses Spiel nicht mitmacht, weil auch sie die Verantwortung für das Land Nordrhein-Westfalen wahrnehmen will. Das müssen Sie gegenüber Bonn tun, sonst sind Sie als Landespolitiker unglaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Es sind ein paar kleine Schwerpunkte neu gesetzt worden, von denen ich zwei nennen will. Da ist zunächst die Meistergründungsprämie. Das muß jetzt etatisiert werden. Das war ein Vorschlag aus unserem Regierungsprogramm. Das war ein Wunsch des ganzen Landtages. Wenn das jetzt nicht etatisiert wird, dann käme es viel zu spät, erst im Jahre 1996, zum Tragen.

- (C) Ferner gibt es eine Aufstockung des REN-Programmes, also jenes Programmes, mit dem die rationelle Energieverwendung gefördert werden soll und mit dem auch erneuerbare Energien entwickelt werden sollen. Dieses Programm, vor Jahren von den Sozialdemokraten angestoßen, ist ein Renner im Land. Den Ansatz für dieses Programm noch einmal zu erhöhen, ist sicherlich sinnvoll.

Nun muß man fragen, wie die Deckung zustande kommt. Da gibt es zwei Bestandteile: Einiges ist unmittelbar gedeckt, aber im übrigen muß das durch Minderausgaben erwirtschaftet werden. Einiges kommt durch Mehreinnahmen herein, was aber nicht viel ist. Anderes wird durch Minderausgaben gedeckt. Hierzu hat die Landesregierung einen sehr guten Weg gefunden: daß nämlich die einzelnen Ressorts und Minister sich verpflichten, nach Maßgabe des Haushaltsplanes an den Stellen, wo es ihnen möglich ist und wo sie glauben, es fachpolitisch vertreten zu können, diese Minderausgabe zu erwirtschaften. In der engen Finanzsituation, in der wir uns alle befinden - egal ob Kommunen oder Länder, und auch der Bund befindet sich in einer engen Finanzsituation -, kann man nicht auf dem Wege des Diktats zu den notwendigen Einsparungen und der notwendigen Konsolidierung kommen. Das geht nur, wenn sich alle Minister und alle Fachpolitiker den Grundsätzen der Solidität und der Konsolidierung und Sparsamkeit verpflichtet fühlen. Das ist hier der Fall.

(D)

Damit korrespondiert im übrigen, daß eine Fülle von neuen Haushaltsvermerken ausgebracht worden ist, in denen es regelmäßig heißt: "Rückflüsse fließen den Ausgaben wieder zu". Hier werden die Ressorts eigenverantwortlich in die Verantwortung auch für ihre Haushaltsgestaltung genommen. Das ist gut so. Das hat auch schon ein paarmal im Lande Nordrhein-Westfalen funktioniert.

Dann ist natürlich auch ein wenig Glück dabei. Wir brauchen für Zinsen zum Glück nicht so viel auszugeben wie ursprünglich angenommen, sondern 131 Millionen DM weniger. Nun haben Sie gesagt, das habe der Finanzminister verschwiegen. Das verstehe ich überhaupt nicht.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

- Sie haben gesagt, das habe er verheimlicht.

Da gibt es eine Information der Landesregierung Nordrhein-Westfalen - Düsseldorf, 12. September 1995.

(Leo Dautzenberg [CDU]: Er soll sich den Erfolg nicht anheften!)

(Trinius [SPD])

- (A) In einer Erklärung des Finanzministers heißt es - ich hoffe, man hat Ihnen da keine Zettelwirtschaft auf den Tisch geworfen - im zweiten Absatz:

"Der Konsolidierungskurs wird nicht beeinträchtigt. Nahezu alle zusätzlichen Ausgaben werden durch Einsparungen und Minderausgaben an anderer Stelle gedeckt."

Dann erwähnt er ausdrücklich:

"Mit einem Minus von 130 Millionen DM fallen die Ausgaben des Landes für Zinsen geringer als erwartet aus."

Das steht in dieser Information. Ein Gutteil Ihrer Rede hatte Ihnen also der Finanzminister schon abgenommen. Ich schlage Ihnen vor, eine solche Presseerklärung ganz zu lesen. Dann brauchen Sie nicht solche unbegründeten Vorwürfe zu erheben.

(Beifall bei der SPD - Helmut Diegel [CDU]:
Ist nicht sein Verdienst!)

Selbstverständlich liegt die Organisationshoheit und liegen die Organisationsentscheidungen beim Ministerpräsidenten. Selbstverständlich muß er neue treffen, wenn er eine neue Regierung bildet. Das gilt insbesondere, wenn er eine Koalitionsregierung bildet. Selbstverständlich muß das zwischen den Koalitionspartnern in den Parteien und in den Fraktionen abgewogen und ausgewogen sein.

(B)

Sie können sich alle Verwunderung, die Sie hier ausgesprochen haben, sparen. Fragen Sie Herrn Kohl, wie man solch eine Koalitionsregierung zusammensetzt!

Ich will Ihnen dazu sagen: Wenn für Ministerien, für Referate und ähnliches bei der Gelegenheit des Neuzuschnitts der Ressorts und auch der Ausweisung neuer Aufgaben oder der Schwerpunktbildung bei bestimmten Aufgaben insgesamt zehn Stellen zusätzlich angefordert werden, so werden die durch fünfzehn Stellen an anderer Stelle gedeckt.

(Helmut Diegel [CDU]: Das erklären Sie im Ausschuß!)

Das ist eine Präzision bei der Deckung, die ich allen nur zur Nachahmung empfehlen kann. Hier wird nämlich nicht nur nach Stellenzahl gerechnet, sondern auch nach Gewicht und Wertigkeit der Stellen, so daß nur mit fünfzehn Stellen diese zehn zusätzlichen Stellen gedeckt werden konnten.

Der Nachtragshaushalt trifft darüber hinaus Vor-sorge für das Jahr 1996. Es ist wohl eine der wichtigsten Entscheidungen, die mit diesem Nachtragshaushalt gefällt wird. Das Land wird nämlich

entgegen früheren Schätzungen im Jahre 1996 mit einem Einnahmeminus von 1,9 Milliarden DM zurechtkommen müssen, Land und Gemeinden zusammen mit einem Einnahmeminus von 2,5 Milliarden DM. (C)

Hier wird eine wichtige Entscheidung getroffen, indem im Haushaltsgesetz festgelegt wird, daß Verpflichtungsermächtigungen nur bis zur Größenordnung von 70 % in Anspruch genommen werden dürfen. Das ist die generelle Vorschrift; auf Einzelschriften, die dazu noch im Haushaltsgesetz ergehen, will ich nicht eingehen. Aber das heißt: Wir sorgen im Haushaltsvollzug 1995 durch diese Vorschrift im Nachtragshaushaltsgesetz dafür, daß der Haushalt 1996 und folgende Haushalte nicht allzu sehr vorbelastet werden, denn das Ziel 1996, die Nettokreditemächtigung von 6 Milliarden DM auf keinen Fall zu überschreiten, sie möglichst zu unterschreiten, haben die Koalitionsfraktionen gemeinsam festgelegt.

Ich hoffe, daß wir das auch durchsetzen. Eine Voraussetzung wird in diesem Nachtragshaushalt geschaffen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Dr. Bajohr das Wort. (D)

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Koalitionsvereinbarung heißt es:

"Die beiden Koalitionspartner streben an, einzelne politische Vorhaben bereits in einem Nachtragshaushalt anzufinanzieren."

Deshalb ist dieser Nachtrag mehr als nur die formale Korrektur des Haushalts 1995.

Dieser Nachtrag ist der erste rot-grüne Haushalt im Land, die erste Bewährungsprobe der noch jungen Koalition. Ich denke, wir haben diese Bewährungsprobe bestanden.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Reinhold Trinius [SPD])

Lassen Sie mich das an einigen Beispielen erläutern.

Erstes Beispiel: Energiepolitik. Die Opposition hat ja nun entdeckt, daß die Koalitionspartner hinsichtlich der Frage der Braunkohleverstromung unterschiedliche Auffassungen vertreten. Wir werden uns

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) wahrscheinlich daran gewöhnen müssen, daß das Thema Garzweiler II Monat für Monat in nahezu gleicher Verpackung auf den Tisch kommt. Das kann uns aber nicht davon abhalten, dort, wo wir Gemeinsamkeiten haben - und das ist in der Mehrzahl der Fälle -, auch gemeinsam zu handeln. Zu diesen Gemeinsamkeiten gehören der Wille, Energie zu sparen, und die Nutzung alternativer Energiequellen wie Sonne, Wind, Biomasse und Wasser mehr zu fördern als bisher.

Nach der Koalitionsvereinbarung sollen die Mittel für rationelle Energieversorgung um mindestens 25 Millionen DM pro Jahr aufgestockt werden. Wir wollen damit unverzüglich beginnen. Deshalb ist in den Nachtragshaushalt die Summe von 5,25 Millionen DM an zusätzlichen Mitteln für das REN-Programm eingestellt worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine weitere wichtige Gemeinsamkeit betrifft die Steinkohle. Durch Kürzungen der Bundeszuschüsse drohen arbeitsmarkt- und sozialpolitische Verwerfungen gerade im nördlichen Ruhrgebiet, also in einer Region, in der wir ohnehin unerträglich hohe Arbeitslosenquoten zu verzeichnen haben. Um soziale Brüche zu vermeiden, stimmen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, daß die von der Bundesregierung gekürzten Kokskohlebeihilfen vom Land zunächst ausgeglichen werden - auch wenn wir auf längere Sicht, anders als die SPD, keine Chance für die deutsche Steinkohle sehen.

(B)

Auch der Ausstieg aus der Atomenergie gehört zu den Gemeinsamkeiten, die uns besonders wichtig sind. Der Koalitionsvertrag hat Befürchtungen gegenstandslos gemacht, das Anfang dieses Jahres abgeschaltete Kernkraftwerk in Würgassen könnte nach den Landtagswahlen wieder ans Netz gehen, wie das ja rund um die Landtagswahl 1990 geschehen ist. Noch schöner als die jetzt gefundene Gemeinsamkeit in Sachen Kernenergienutzung wäre es natürlich gewesen, die Landesregierung hätte von Anfang an Vernunft walten lassen und sich gar nicht erst auf die Atomtechnologie eingelassen.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Leider zu spät!)

Dann stünde das Land finanziell besser da, und wir könnten uns viele Millionen DM an Nachfolgelasten für stillgelegte Atomkraftwerke sparen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Klaus Matthiesen [SPD]: Ein ganz schöner Besserwisser sind Sie! So jung und schon so ein Besserwisser! Ha!)

- Ja, Herr Matthiesen, es gibt Leute, die manches besser wissen als Sie. Das kommt vor. (C)

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von SPD und CDU - Klaus Matthiesen [SPD]: Unglaublich! Wirklich wahr!)

Zweites Beispiel für die Verwirklichung rot-grüner Vorhaben in diesem Nachtrag

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das ist peinlich! - Oliver Wittke [CDU] zur SPD: Ihr Partner! - Leo Dautzenberg [CDU]: Oberzensor Matthiesen!)

- Herr Matthiesen, nun hören Sie einmal zu! - ist der Härtefonds für Verfolgte des NS-Regimes. Es gehört zu den beschämendsten Kapiteln deutscher Nachkriegsgeschichte, daß zahllose Opfer des nationalsozialistischen Staatsterrorismus bis heute keine Entschädigung für das erlittene Unrecht bekommen haben.

Die GRÜNEN haben seit ihrem Einzug in den Bundestag 1983 in zahlreichen Anträgen ein Entschädigungsgesetz gefordert. Aber während sich der Bundeskanzler in Bitburg vor SS-Gräbern verneigt, ist er bisher nur zu minimalen Härtefallregelungen bereit. Gleichzeitig kassieren und kassierten Mitläufer und Mittäter des Naziregimes hohe staatliche Pensionen.

Als wir in den Landtag einrückten, haben wir angesichts dieses Versagens der Bundesregierung gefordert, Nordrhein-Westfalen möge, obwohl strenggenommen unzuständig,

(D)

(Zuruf der Vera Dedanwala [SPD])

Landesmittel zur Entschädigung der Opfer des deutschen Faschismus zur Verfügung stellen. Der Landtag hat daraufhin einen kleinen Härtefonds in Höhe von 1 Million DM eingerichtet. In den Koalitionsverhandlungen konnten wir eine Aufstockung dieses Fonds auf jährlich 7 Millionen DM erreichen. Ein erster Teilbetrag von 500 000 DM ist jetzt in diesem Nachtragshaushalt etatisiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das halten wir zwar nicht für ausreichend; in unserem Gesetzentwurf aus der letzten Wahlperiode hatten wir 40 Millionen DM für nötig erachtet. Aber wir können immerhin beginnen, in besonders schweren Fällen die Not ein wenig zu lindern.

Drittes Beispiel: die zielgruppenspezifische Aidsprävention, Beratung, Betreuung und Pflege. Obwohl Aids weiterhin eine schwere gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung bedeutet, obwohl die

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) Probleme der Betroffenen nicht geringer, sondern größer geworden sind, hat die Bundesregierung ihr Aidshilfeprogramm in den letzten Jahren deutlich zusammengestrichen. Das Land ist daraufhin in einigen Bereichen, in denen die Bonner Kürzungen besonders gravierend waren, in die Bresche gesprungen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben die Landesmittel jedoch von Anfang an für unzureichend gehalten und deshalb in den Koalitionsverhandlungen merkbare Erhöhungen angemahnt.

Im Nachtragshaushalt wird jetzt die Möglichkeit geschaffen, bereits in diesem Jahr kleinere Maßnahmen im Bereich der Aidsprävention sowie der Beratung, Betreuung und Pflege zu finanzieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viertes Beispiel: Bildungspolitik. Im Wahlkampf haben alle Parteien den Unterrichtsausfall an den Schulen beklagt. Prognosen, wonach die Zahl der Schülerinnen und Schüler in NRW in den nächsten zehn Jahren um 400 000 auf dann 3 Millionen ansteigen soll und damit der Unterrichtsausfall damit noch zunehmen würde, waren vielleicht zu pessimistisch.

Fest steht dennoch, daß die Unterrichtsversorgung in Nordrhein-Westfalen dringend verbesserungsbedürftig ist. Lehrkräfte sind sicher nicht alles. Aber ohne sie gibt es nun einmal keinen Unterricht. Wir BÜNDNISGRÜNE sind deshalb froh, daß es uns gelungen ist, dem Koalitionspartner 440 zusätzliche Stellen für Lehrerinnen und Lehrer abzutrotzen. Damit können zumindest die allerschlimmsten Engpässe überwunden werden.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was nicht befriedigen kann, ist die Befristung dieser Angestelltenstellen bis zur Mitte des Jahres 2000. Hier werden wir zu gegebener Zeit mit der SPD neu verhandeln müssen. Gegenwärtig sind wir jedoch stolz, daß NRW anders als andere Länder weder Stellen kürzt noch die Wochenarbeitszeiten verlängert.

In seiner Regierungserklärung hat der Herr Ministerpräsident die Bedeutung sparsamer Haushaltsführung unterstrichen. In der Tat verändert sich durch den Nachtrag - anders, als Herr Diegel uns das weismachen will - das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel der Konsolidierung der Landesfinanzen nicht. Die Nettokreditermächtigung für 1995, Herr Diegel, wird nicht erhöht. Sämtliche Mehrausgaben für Wohngeld, für Flüchtlinge, für das Personal werden durch Einsparungen an anderer Stelle gedeckt. So sind die meisten Verpflich-

tungsermächtigungen nur bis zur Höhe von 70 % ihrer Ansätze freigegeben. Außerdem müssen die Ressorts die globale Minderausgabe erwirtschaften. Wir halten das für in Ordnung und für unvermeidlich, wenn wir uns überhaupt noch landespolitische Handlungsfreiheit bewahren wollen.

(C)

Die Auswirkungen dieser Maßnahmen müssen wir sorgfältig beobachten. Wir wollen natürlich nicht, daß erfolgreiche Programme zum Beispiel in der Arbeitsmarktpolitik, im Bereich der sozialen Sicherung verstümmelt werden. Wir akzeptieren also die Eckdaten des Nachtragshaushalts als Grundlage für die Arbeit der rot-grünen Koalition.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat allerdings noch Änderungs- und Ergänzungsbedarf, den wir zunächst mit unserem Koalitionspartner erörtern werden.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Da müssen Sie sich aber warm anziehen!)

- Wir haben Pullover dabei, Herr Matthiesen.

(Zurufe von der SPD: Das ist gut!)

Dabei handelt es sich im wesentlichen um Vorhaben aus dem im Sommer viel zitierten Anhang zur Koalitionsvereinbarung, der ja rot-grüne Projekte im Umfang von 600 Millionen DM auflistet.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Da arbeiten Sie mal dran!)

(D)

- Ja, Herr Matthiesen, wir werden ja sehen. Ich bin sicher, Herr Matthiesen, daß wir da zu einer einvernehmlichen Lösung kommen werden. Daran werden auch Herrn Diegels Bemerkungen von "Eins zu Null" oder sonst etwas nichts ändern.

(Helmut Diegel [CDU]: Das stimmt aber!)

- Herr Diegel, das mögen Sie ja so sehen. Aber Sie werden sehen, was am Ende dabei herauskommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden die Eckdaten des Nachtragshaushalts bei diesen Verhandlungen nicht verändern. Wir werden also für jeden Erhöhungsvorschlag, den wir machen, auch einen Sparvorschlag vorlegen. Denn solide Finanzen sind gerade für uns BÜNDNISGRÜNE Voraussetzung bürgerinnenfreundlicher und glaubwürdiger Politik. Das wird auch für den demnächst zu erörternden Haushalt 1996 gelten. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Finanzminister Schleußer.

Heinz Schleußer, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Diegel, ich habe nach Ihrer ersten Rede als neuer haushaltspolitischer Sprecher den Eindruck, es war ein etwas mißglückter Versuch, Realität zu vertuschen.

(Zuruf von der CDU)

Wenn das mit den Nebelbomben irgend etwas auf sich hat, dann haben Sie einiges davon gebraucht, um Ihre Position nicht so deutlich werden zu lassen.

Ich will Ihnen das gern belegen. Zunächst die richtige Zahl, die Sie genannt haben: Der Haushalt steigt um 658,9 Millionen DM. Nachdem wir Minderausgaben und Mehreinnahmen dagegen rechnen, haben wir eine Deckungslücke, wie ich sie bei der Einbringung vorgetragen habe, von 276,5 Millionen DM; auch das ist richtig.

Sie bestreiten nicht, daß die Zinsausgaben um 130 Millionen DM gesenkt werden konnten. Nur glauben Sie, ich müßte dann nach Bonn gehen und mich für die hervorragende Wirtschaftspolitik bedanken. Nun sagt Herr Rexrodt, er macht gar keine. Das ist mein Problem. Wofür soll ich mich da bedanken?

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Es ist auf der einen Seite die niedrige Zinshöhe, die es möglich macht. Auf der anderen Seite, Herr Kollege Diegel, empfehle ich aber auch Ihrer Aufmerksamkeit eine nicht ausgenutzte Nettokreditemächtigung des Vorjahres. Wenn Sie also die Verdienste der Deutschen Bundesbank nennen, für die ich mich bedanken soll, bedanken Sie sich doch dafür, daß der Finanzminister die vom Landtag gewährte Nettokreditaufnahme nicht gebraucht hat und aus diesem Grunde für nicht aufgenommenes Geld auch keine Zinsen zahlen mußte, also das genau gespart hat; ein Anliegen, das Sie doch hier mitpostuliert haben. Aber Sie werden dies sicherlich nach den Ausschlußberatungen noch gern aufnehmen.

(Peter Bensmann [CDU]: Wir müssen doch mehr Steuern zahlen!)

- Herr Kollege, mehr Steuern? Das hat Herr Kollege Diegel auch richtiger festgestellt. Denn Steuermindereinnahmen von 200 Millionen DM haben wir auch verkraftet; also nicht mit mehr Steuerein-

nahmen, sondern durch Sparen, Herr Kollege Bensmann. Das sind die Unterschiede. Immer schön nahe an den Fakten bleiben, das macht sich in der Haushaltspolitik immer bezahlt. (C)

Der nächste Punkt ist die globale Minderausgabe. Herr Kollege Trinius hat schon versucht, zu erläutern, wie das ist. Ich nehme gern Ihr Beispiel mit dem Ehepaar. Es ist nur ein wenig anders. Nicht von 1 000 DM stehen nur 500 DM zur Verfügung, und damit muß die arme Frau noch zurechtkommen, sondern statt der 1 000 DM sind es 990 DM. Und der Mann sagt jetzt nicht: Ich schreibe dir vor, wo du die 10 DM sparst; kaufe ein wenig billigeres Fleisch oder billigere Marmelade oder sonst etwas, sondern er überläßt diese Entscheidung der Feinststeuerung dem, der das besser kann. Genauso machen wir das hier mit der einzelplangenaugewiesenen Minderausgabe.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

- Nein, es ist ein korrekter Weg der Mitbeteiligung.

(Helmut Diegel [CDU]: Warum ist der Weg nicht korrekt, wenn wir ihn anwenden?)

- Nein, Sie müssen sich da zurückerinnern; Sie haben das damals noch nicht vertreten: Sie wollten auf eine sehr hohe globale Minderausgabe eine weitere setzen. Da habe ich gesagt: Das geht in diesem Moment nicht, weil wir damit schon an eine Grenze gestoßen sind. Sie können die damaligen Zahlen miteinander vergleichen. (D)

Die globale Minderausgabe ist eine in allen Ländern und auch beim Bund übliche Verfahrensweise. Man muß sie aber steuerbar halten, und es gibt keinen besseren Steuerungsmechanismus, als sie den Einzelplänen zuzuordnen.

Ich will hier auch gleich aufgreifen, was Sie als Rechenfehler angesprochen haben. Es gibt einen Verfahrensfehler, den ich Ihnen zugestehen muß. 91 000 DM waren wegen der Zuordnung zu den Einzelplänen auch beim Landesrechnungshof ausgewiesen. Die Zuweisung dieser 91 000 DM globale Minderausgabe zum Landesrechnungshof war ohne dessen Einverständnis geschehen. Sie kennen die besondere Bedeutung der Einzelpläne 01 und 13. Wir haben das korrigieren müssen.

Das heißt: In der Schlußsumme stimmen die Zahlen wieder. Wir haben nur das Verfahren nicht nachgeholt, das ausdrücklich genannt ist. Aber, Herr Kollege Diegel, bei etwas Großzügigkeit: Der Haushalt hat eine Vorbemerkung, in der ausdrücklich festgehalten ist, daß sich die Einzelplanensummen - nicht die Gesamtsumme - geringfügig verändern können. Die Gesamtsummen des

(Minister Schleußer)

(A) Haushalts bleiben davon unbetroffen. Dieser Verfahrensfehler, den ich Ihnen zugestehe, hat also dazu geführt, daß es in den Einzelhaushalten einen Unterschied gibt.

Ich hatte gedacht, Sie würden sich näher daran halten, wie es mit den Einzelpositionen des Nachtrags ist, daß wir Rechtsverpflichtungen aufgrund von Verträgen erfüllen, die wir nach Haushaltsverabschiedung mit dem Bund eingegangen sind: Bergbau, sonstige Lasten des Bergbaus. Das ist aufgenommen worden. Das war der eigentliche Anlaß für diesen Nachtragshaushalt.

Zum Betreuungsgesetz habe ich einiges gesagt. Das hat nun nichts mit Aufsicht zu tun, Herr Kollege Diegel. Wir müssen feststellen, daß es eine Reihe von anderen Ursachen zusätzlich gibt. Die Landesregierung regiert auch nicht in die Kommunen hinein. Sie legen sonst immer entscheidenden Wert darauf, daß das nicht geschieht. Das wollen wir nicht. Aber es ist schon beeindruckend, wenn innerhalb von wenigen Jahren die Fallzahlen beim Unterhaltsvorschußgesetz von 28 000 auf über 92 000 im Jahr 1994 und auf über 100 000 jetzt im Jahre 1995 steigen. Das macht es notwendig, gesetzliche Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn ich die Summen sehe, die dahinterstehen - von 83 Millionen DM auf 375 Millionen DM im Jahre 1995 -, dann ist das eine Steigerungsrate, die nicht mehr verantwortbar ist. Aber der Finanzminister ist an Recht und Gesetz gebunden, rechtliche und gesetzliche Bestimmungen bestehen, und er hat diese Aufgabe erfüllt.

(B)

Sie kommen dann dazu, daß es dem Haushalt Nordrhein-Westfalens wesentlich besser gehen würde, wenn noch ein wenig mehr gespart würde. Ich habe schon so häufig vorgetragen, muß es aber offensichtlich erneut tun: Gleichgültig, welche Zahlen Sie vergleichen, ob Sie 1981/1990 nehmen, 1981/1993 oder 1981/1995: Nordrhein-Westfalen hat eindeutig die niedrigste Steigerungsrate aller Länder. Das hätten Sie auch wissen müssen; denn die CDU in Niedersachsen hat einmal an ein Essener Institut einen Untersuchungsauftrag gegeben mit der Bitte, die Konsolidierungserfolge der einzelnen Landeshaushalte zu untersuchen. Es kam zu dem Ergebnis: Kein Landeshaushalt wurde intensiver und besser konsolidiert als der von Nordrhein-Westfalen.

Sie sehen da: Ich nehme Analysen auch dann ernst, wenn sie von der CDU in Auftrag gegeben worden sind, und akzeptiere sie. Mein Vorschlag

ist schlicht und ergreifend: Gehen Sie doch auch endlich darauf ein. (C)

(Helmut Diegel [CDU]: Sie kennen auch die Vorgaben des Finanzplanungsrates!)

- Natürlich kenne ich die Vorgaben des Finanzplanungsrates. Ich war dort sogar Vorsitzender. Mit Ihrem Kollegen Schauerte habe ich hier einmal über die Vorschläge des Finanzplanungsrates gestritten. Ich habe dutzendfach versucht klarzumachen, daß wir in Nordrhein-Westfalen eine andere Veranschlagungspraxis als die anderen Länder haben. Wir haben beispielsweise, Herr Kollege Diegel, den Fonds Deutsche Einheit brutto und nicht netto veranschlagt, ein Volumen von über 2,1 Milliarden DM.

(Helmut Diegel [CDU]: Das machen die anderen nicht anders!)

- Doch, das machen die anderen anders.

Ich kann Ihnen jetzt schon, vorgreifend auf 1996, sagen: Ich habe 1993 den übrigen Ländern und dem Bund zugesagt, ich würde meine Praxis da überprüfen, weil es schwierig ist, wenn man als einziges Land nicht netto, sondern brutto veranschlagt. Ich habe das überprüft, und nachdem weder der Bundesfinanzminister noch meine Länderkollegen zu bewegen waren, zum Bruttoprinzip zu gehen, was ich eigentlich nach wie vor für das Richtige halte, werden wir 1996 bei der Veranschlagung ebenfalls zum Nettoprinzip kommen, weil wir dann nicht immer öffentlich - beispielsweise Ihnen gegenüber und auch in den Vergleichen mit den übrigen Ländern - Zusatzrechnungen vollziehen müssen, um zu sagen, wo Nordrhein-Westfalen bei der tatsächlichen Steigerungsrate der originären Haushalte liegt. (D)

Zu Ihrem Punkt mit dem Personal! Ich habe bereits, als wir über den Jahresabschluß 1993 geredet haben, gesagt: Nennen Sie mir ein Land, in dem die Personalkostenentwicklung ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen ist. Daß diese Personalausgabenquote von 40 % - von 50 % der Steuereinnahmen - erreichbar ist, das ist keine einfache Veranstaltung, sondern ein ganzes Stück Arbeit. Ich bin gern bereit, Ihnen zusätzliche Vergleichszahlen zu nennen.

Hätten wir die durchschnittliche Personalausgabenquote der übrigen Länder - und nicht unser deutliches Anhalten -, so wären fast 4 Milliarden DM mehr jährlicher Personalausgaben fällig. Wenn ich mir das dann bei großen Ländern, die man ja eher miteinander vergleichen kann, ansehe und das

(Minister Schleußer)

(A) Saarland einmal herausnehme, weil das gewiß Verzerrungen mit sich brächte: Hätten wir bayerische Personalstandards, dann wären unsere Personalausgaben um 2,6 Milliarden DM höher; hätten wir baden-württembergische oder hessische Personalstandards - darin sind beide gleich -, hätten wir um 4,7 Milliarden DM höhere Ausgaben. Ich glaube, dies ist mit ein Beleg dafür, daß gerade in Nordrhein-Westfalen mit dem hohen Anteil an Personalkosten sehr sorgsam umgegangen wird.

Da erinnere ich mich an die Regierungserklärung und die gestrige Debatte dazu, daran, wie wir damit umgehen und wie wir einsparen wollen. Ich kann nur festhalten, daß wir nicht nur kw-Stellen ausgebracht haben, sondern daß wir sie realisierten.

(Peter Bensmann [CDU]: Wie denn?)

- Herr Kollege Bensmann, 900 haben wir bisher in den einzelnen Plänen realisiert. Sie sind doch immer Mitglied der Arbeitsgruppe gewesen und kennen daher sogar die punktgenauen Zahlen. Ich stimme mit Ihnen überein: Das ist mir zu langsam, weil wir ja übereinstimmend keine betriebsbedingten Kürzungen vornehmen wollen. Darüber waren wir bisher einer Meinung.

(B) Wenn das nicht geht, wenn das Instrument von der Politik auch nicht bedacht wird, dann gibt es nur die Möglichkeit über die Fluktuation. Da haben wir Bereiche, in denen man sehen kann - in der Bauverwaltung -, daß der Abbau der kw-Stellen über die Fluktuation länger als ein Jahrzehnt in Anspruch nehmen würde. Da überlegen wir, welche zusätzlichen Wege denn eigentlich gangbar sind. Wir wissen, daß in der Wirtschaft, in den Kommunen der Weg des Vorruhestandes gewählt wird, eben der, mit 58 Jahren vorzeitig in den Ruhestand zu gehen - eine gesetzliche Möglichkeit, die zumindest der Haushaltsgesetzgeber und nicht nur der Finanzminister prüfen muß.

Wir kommen zu dem Schluß, daß wir diesen Weg gehen wollen. Wir erstatten an die Bundesanstalt für Arbeit, wie Kollege Arentz dies richtig festgestellt hat, die Mehrbeträge, die durch die Arbeitslosenhilfe und durch Arbeitslosengeld fällig werden. Aber wir wollen diesen Weg nutzen, um schneller nicht nur 1 500 Stellen der Bauverwaltung, sondern auch weitere 1 000 Stellen gleichfalls schneller abbauen zu können.

Da stört mich Ihre Doppelmoral. Denn das tut nicht nur die Wirtschaft, tun nicht nur die Kommunen, nicht nur andere Länder, sondern es gibt niemanden, der in größerem Umfang davon Gebrauch macht als der Bund; er hat diese Möglichkeit in erheblichem Maße genutzt. Da sage ich: Auf der

einen Seite zu fordern, Personal schneller abzubauen, auf der anderen Seite die Handlungsmöglichkeiten auf null reduzieren zu wollen, das ist doppelbödig, und ich finde es widerlich, wenn eine solche Argumentationskette aufgebaut wird. Dabei denke ich an die Diskussion von vorhin. (C)

Wie das so mit der Konsolidierung aussieht: Kollege Linssen hat gestern noch einmal gesagt, welcher großartiger Deckungsvorschlag durch die Veräußerung von Beteiligungen gegeben war. Wir veräußern Beteiligungen. Wir haben über Beteiligungsveräußerungen über 200 Millionen DM erwirtschaftet. Einige Dinge kamen für uns nicht in Frage.

Herr Kollege Diegel, wollen wir nun auch dort ein wenig betrachten, was die CDU, was die Opposition so im Verlauf eines Jahres auf den Weg bringt: 7 000 Polizisten mehr, jedes Jahr 2 000 Lehrer mehr, ein bißchen mehr an den Hochschulen - ich sehe den Kollegen Posdorf im Augenblick nicht -, Justizvollzug müsse aufgestockt werden!

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

Wenn ich dies einmal behutsam durchrechne, dann stehen wir bei rund 20 000 zusätzlichen Stellen, die Sie haben wollen, die Sie immer wieder gefordert haben. Wenn ich sehr zu Ihren Gunsten rechne, sind es satte anderthalb Milliarden DM allein für Personalkosten, die aufgrund Ihrer Forderungen fällig geworden wären. Und anderthalb Milliarden DM dauernde und fortlaufende, dynamisch steigende Kosten abgedeckt durch einmalige Einnahmen? Ich glaube kaum, daß Sie das finanzpolitisch für sonderlich solide halten. (D)

(Peter Bensmann [CDU]: Wir haben einen Deckungsvorschlag gemacht: Abbau der Mittelinstanz!)

- Ja, sehen Sie, dazu kommen wir noch gemeinsam. Das werden wir noch in Angriff nehmen, denn wo, glauben Sie, soll der Abbau von zusätzlichen 10 000 Stellen eigentlich herkommen, die der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung genannt hat? Wir haben da noch vieles gemeinsam zu tun. Nur, helfen Sie mit, das auch realisieren zu können. Lassen Sie hier nicht Ihre Sozialpolitiker ausschließlich mit Polemik darauf reagieren!

(Beifall bei der SPD)

Ich sage, Herr Kollege Diegel: Personal wird abgebaut, wird nicht verstärkt. Es gibt keine Zugänge von Personal, auch nicht bei den obersten Landesbehörden, in den Ministerien. Nur bitte ich da auch um ein wenig mehr Ehrlichkeit. Sie sagen auch: Das Personal muß reduziert werden; aber rührt mir

(Minister Schleußer)

- (A) 98,5 % des Personals nicht an, sondern beschränkt euch auf die Ministerien! Dieses Wunder, das hätte ich gern einmal von Ihnen vorgerechnet, wie nämlich bei 1,4 bis 1,5 % des Personals 30 % des Personals in Nordrhein-Westfalen eingespart werden sollen.

(Zuruf des Peter Bensmann [CDU])

Oder, konkret in Zahlen: In den obersten Landesbehörden sitzen ganze viereinhalbtausend Menschen. Wie Sie dabei 30 000 Stellen streichen wollen, ist mir wirklich ein Rätsel; aber Sie werden ja sicherlich in den Diskussionen in den Ausschüssen mit-helfen, dieses Rätsel aufzulösen.

Noch eines will ich Ihnen sagen. Es gibt, wenn ich die politische Führung und die Ausgaben dort betrachte, auch dort kein Land, gleichgültig, ob Sie das nach dem Einwohnerschlüssel oder nach absoluten Stellen sehen, das vor Nordrhein-Westfalen liegt.

(Zuruf von der SPD)

Ich könnte Ihnen auch hier Vergleichszahlen nennen: Bayern, weil es das nächstgrößere Land ist, Baden-Württemberg, auch nicht ein kleines Land!

- (B) Würden wir wie Bayern und Baden-Württemberg Ausgaben für politische Führung haben, würden jedes Jahr über 200 Millionen DM mehr für solche Zwecke ausgegeben. Wir wollen das nicht steigern. Ich habe Ihnen dargelegt, daß wir dort gleiche Linien wollen und auch in den Ministerialkapiteln keine Zugänge haben, wenn ihnen keine Abgänge gegenüberstehen. Das kann sich verschieben, das muß sich nicht jeweils im Einzelressort so auswirken, aber über den Gesamtbereich wird es sich so auswirken.

Und ich bin gern bereit, Ihnen Stelle für Stelle, die dagegensetzt, abgebaut wird, vorzuführen, aber ich bin davon überzeugt, Herr Kollege Bensmann: Vieles dieser Detailarbeit wird - wie üblich und gut, wie in den letzten Jahren - von der Arbeitsgruppe vorgenommen, so daß der Haushalts- und Finanzausschuß ein einvernehmliches Ergebnis dieser Arbeitsgruppe wird entgegennehmen können.

Eine letzte Anmerkung, nachdem ich sehe, daß die Zeit abgelaufen ist: Herr Kollege Diegel, Sie kommen nicht daran vorbei - gleichgültig, zu welchem Problem Sie sprechen -, von der ungeheuren Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen zu reden,

(Helmut Diegel [CDU]: Das muß man ja!)

als sei das eine Extremsituation. Der Ministerpräsident hat bereits gestern gesagt, wie sich die

Schritte entwickelt haben, bei denen wir uns (C) durchaus von einer ungünstigen Position auf einen besseren Weg begeben haben, daß wir mehr als einen Mittelplatz, was die Nettoneuverschuldung und die Gesamtverschuldung angeht, einnehmen.

Und in dem Zusammenhang würde ich Bonn nicht aus den Augen verlieren.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

- Nein, ich sage das so.

(Zurufe des Helmut Diegel [CDU] und des Peter Bensmann [CDU] - Heinz Hardt [CDU]: Sie sind doch hier verantwortlich!)

- Ja, ich sagte, daß wir doch handfeste Vergleiche haben müßten, Herr Kollege Hardt. Wir können ja nicht sagen, daß wir eine Insel sind und uns überhaupt nicht interessiert, was sonst geschieht.

Wir haben uns im März 1993 auf eine faire Aufgabenverteilung der Lasten verständigt. Das haben der Bundeskanzler und auch der damalige Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, Kurt Biedenkopf, festgestellt. Danach verfahren wir. Dort haben wir auch ein Kriterium gefunden, an das wir Verschuldung anknüpfen: das Bruttoinlandsprodukt des jeweiligen Landes und des Bundes.

Und da sage ich Ihnen: Nordrhein-Westfalen und (D) der Bund hatten 1981 einen Anteil von 2,4 % am jeweils örtlich entstandenen Bruttoinlandsprodukt. Der Bund hat in 1994 auf 1,5 % gesenkt. Nordrhein-Westfalen hat allerdings auch gesenkt, und zwar auf 0,8 % des in Nordrhein-Westfalen erzielten Bruttoinlandsproduktes. Für den Bund eine große Leistung: minus 38 %! Aber Nordrhein-Westfalens Leistung mit minus 65 % ist zumindest so beeindruckend.

Zu den Koalitionsvereinbarungen ist von "Siegern" gesprochen worden. Dazu sage ich Ihnen nur: Die Koalitionsvereinbarungen sollen für eine lange Zeit, nämlich für fünf Jahre, gelten. Es sind ja nicht die Nachtragsziele, sondern die Aufgaben einer ganzen Legislaturperiode präzise festgelegt. Ohne daß Sie jeweils zuweisen können, sage ich Ihnen: Wir werden die Vereinbarungen solide abarbeiten. Mit Ihnen haben wir keine Vereinbarung. Also können Sie an unseren Vereinbarungen mithelfen.
- Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit des Helmut Diegel [CDU] und des Peter Bensmann [CDU])

(A) **Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe** die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Wer der **Überweisung** des Gesetzentwurfs an den **Haushalts- und Finanzausschuß** - federführend - und - mitberatend - an die **zuständigen Fachausschüsse** zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist die Überweisung einstimmig **beschlossen**, und ich schließe den Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

3 Kostenerstattung für Personalgestaltung

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 12/156

Ich **eröffne** die **Beratung** und erteile Herrn Abgeordneten Diegel das Wort.

(B) **Helmut Diegel**¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich komme nun zu einem Thema, das der eine oder andere vielleicht nicht direkt als ein großes staatspolitisches Thema anerkennt und der eine oder andere vielleicht als etwas kleinkariert und kleinkariertes Denken betrachtet

(Heinz Paus [CDU]: Nee, nee! - Beifall bei der SPD - Reinhold Trinius [SPD]: Und begründet!)

- habe ich mir gedacht! - und andere möglicherweise auch gar nicht wahrhaben wollen. Aber ich denke, wir haben es hier mit einem klassischen Fall zu tun. In diesem Augenblick sollte auch die SPD nicht aus dem Auge verlieren, daß sich die SPD als Partei bei den Koalitionsverhandlungen rot-grün beider Regierungssprecher als Parteisprecher bedient hat.

(Heinz Paus [CDU]: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren! Ich möchte insofern daran erinnern, als wir versucht haben, hier eine Aktuelle Stunde abzuhalten und das Thema zu problematisieren. Ich kann mich gut daran erinnern, daß das dem Hause offensichtlich nicht recht war. Ich kann mich auch noch an das mitleidige und bedauernswerte und vor allen Dingen auch hämische Gelächter des ein oder anderen Kollegen

von der anderen Seite erinnern, die das Ganze so betitelten: Damit habt ihr aber Pech gehabt! (C)

Und warum wurde das alles damals so hämisch betrachtet? Doch nur aus dem Grunde, weil es zum damaligen Zeitpunkt eine Flanke war, die man nicht auch noch aufdecken wollte, weil man natürlich ein schlechtes Gewissen hatte, weil hier zwei Regierungssprecher in einer Funktion, in einer Aufgabe benutzt worden sind, in der sie nichts zu suchen haben.

Wir haben dann eine kleine Anfrage gestellt, und diese kleine Anfrage führte dann zu einer Erklärung des Ministerpräsidenten. Und die lautet wie folgt:

"Keinesfalls läge hier der Fall einer Verquickung von Regierungs- und Parteitätigkeit durch die Regierungssprecher vor,"

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

und jetzt kommt es, Herr Trinius,

"da diese laut seiner eigenen Anweisung lediglich die Vertreter der Presse journalistisch betreut hätten."

Dazu muß ich sagen: Das finde ich ja wirklich ganz toll. So werden in der Zwischenzeit die Journalisten betreut. Da Frage ich mich: Wie ist das denn in der Praxis tatsächlich vonstatten gegangen? (D)

Die beiden Regierungssprecher saßen also ganz offensichtlich draußen vor den schweren Türen der zukünftigen rot-grünen Koalition, hörten kein Wort und haben sich mit den Journalisten unterhalten. Sie haben sie womöglich mit Kaffee und Kuchen bedient, haben vielleicht noch mit ihnen Karten gespielt, Mau-Mau oder ähnliche Spielchen, aber sonst nichts getan.

(Bodo Champignon [SPD]: Kommunikationsfreudige Menschen!)

Also, liebe Kollegen im Hause, das nehmen Sie mir doch ab, daß also auch ganz andere Kollegen, die vielleicht nicht so mißtrauisch sind wie ich, dies noch einmal hinterfragen müssen. Ich denke, wir wären eine ganz schlechte Opposition, wenn wir da nicht nachhaken würden.

(Roland Appel [GRÜNE]: Das sind Sie auch!)

Das hier wäre übrigens eine Spielwiese gewesen - wenn die jetzt GRÜNEN nicht im warmen Regierungsbett der rot-grünen Koalition säßen -, um sich so richtig echauffieren zu können.

(Beifall bei der CDU - Stefan Frechen [SPD]: Sie haben es immer mit den Betten, Herr Kollege! - Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])